

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Kollegin Burkert-Eulitz das Wort.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns mit dem Antrag der CDU in vielen Runden beschäftigt, beispielsweise beim Einbringen im Ausschuss. Über Ihrem Antrag steht „Qualitätsverbesserung“. Ihre Ideen zur Verbesserung der Schule in Berlin kann ich dem aber nicht entnehmen. Sie beschäftigen sich vielmehr mit dem Ende, dem Abitur. Dazu aber, was dazu führt, dass die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt in den Schulabschlüssen erfolgreicher sind, habe ich noch nicht allzu viel gehört, auch von der FDP nicht – weil Herr Fresdorf gerade beklagt hat, wir hätten all seine Anträge abgelehnt.

Ihr Vorschlag war, die Vorklassen wieder einzuführen, und zwar an den Kitas. Darüber haben wir uns auch unterhalten. Das ist nicht das, was die Wissenschaft diskutiert; die sprechen vielmehr über die Unterrichtsqualität. Das ist das, womit wir uns in Berlin beschäftigen müssten. Da ist auch die Segregation, die uns bescheinigt wird – die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft im Schulabschluss und Erfolg –, eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Dazu gibt R2G sehr wohl Antworten. Die müssen wir miteinander diskutieren und nicht, wie das Abitur anders gestaltet wird. Frau Scheeres hat Ihnen im Ausschuss genau erklärt, was in der KMK passiert, wie da gemeinsam vorgegangen, wie sich da abgestimmt wird. Es ist auch nicht so, als würde dort nichts passieren. Sie brauchen nicht so zu tun, als ob hier niemand tätig wäre. Wir sollten uns besser darauf konzentrieren – und da hoffen wir Sie an unserer Seite –, dass wir über Qualität sprechen, dass wir darüber sprechen, wie wir die Fachkräfte gewinnen und fortbilden, wie wir dafür sorgen, dass die Gymnasien besser werden.

[Zuruf von Hildegard Bentele (CDU)]

Die Berlin-Studie hat nicht nur gezeigt, dass die ISS noch Nachholbedarf haben, sondern dass auch unsere Gymnasien durchaus an Niveau verloren haben. Hier bin ich gespannt auf Ihre Vorschläge, wie Sie sich dazu – hoffentlich mit uns gemeinsam – auf den Weg machen.

Wir müssen uns um den Ausbau der Fachkräfte kümmern und die Qualität im Unterricht im Auge behalten – und das haben wir, wenn Sie unseren Koalitionsvertrag lesen; da steht sehr viel dazu. Wir hoffen, dass wir Sie da an unserer Seite haben und Sie auch in den kommenden Haushaltsverhandlungen mit uns gemeinsam darum kämpfen werden. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag Drucksache 18/0151 empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich gegen die Oppositionsfraktionen die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 stehen auf der Konsensliste.

Ich komme zu

lfd. Nr. 15:

Ein Jugendfördergesetz für Berlin

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 11. Mai 2017 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. Juni 2017

Drucksache [18/0395](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache [18/0246](#)

Der Dringlichkeit hatten Sie eingangs bereits zugestimmt. In der Beratung beginnt die Fraktion Die Linke, und zwar die Kollegin Möller. – Bitte schön!

Katrin Möller (LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Was gibt es Neues zum Jugendfördergesetz? – Dass derzeit eine Lenkungsgruppe gebildet wird, die bis zum Januar 2018 Ergebnisse vorlegen wird und eine breite Beteiligung garantieren soll, dass unserem Antrag am 14. Juni im Hauptausschuss zugestimmt wurde, was gut und wichtig ist, denn kostenlos wird das Ganze im Ergebnis nicht zu haben sein. Neu ist auch, dass wir über das Erklären der Notwendigkeit eines neuen Gesetzes und des Beschreibens der desaströsen Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendfreizeitarbeit hinaus sind und nun endlich zur inhaltlichen Arbeit kommen können.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Das ist auch dringend notwendig, schließlich soll das Gesetz Ende 2018 fertig sein, was auch bedeutet, dass bereits im kommenden Doppelhaushalt Vorsorge für die notwendigen Kosten getroffen werden muss. Wir machen es nicht wie andere, die gerne mal mit einer spontanen Idee durch die Hintertür kommen und sich bei der Finanzierung vordrängeln.

Dieses Projekt hat Gewicht im Koalitionsvertrag und Nachdruck durch diesen parlamentarischen Auftrag. Wir haben uns natürlich schon Gedanken gemacht, was un-